

Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk Verstehen: Geb. Knob, Dresden und Sächsische Staatsbank
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreise: Bruttosatz für den wöchentlichen Beleg mit den wöchentlichen Beilagen "Nach der Arbeit" und "Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M., für einen Monat 2 M., für drei Monate 5 M., für sechs Monate 9 M., für ein Jahr 16 M., für ein Jahr im Voraus 17 M. 50 Pf., für ein Jahr im Voraus 19 M. 50 Pf., für ein Jahr im Voraus 21 M. 50 Pf., für ein Jahr im Voraus 24 M. 50 Pf., für ein Jahr im Voraus 27 M. 50 Pf., für ein Jahr im Voraus 31 M. 50 Pf., für ein Jahr im Voraus 35 M. 50 Pf., für ein Jahr im Voraus 40 M. 50 Pf.

Nr. 161 Dresden, Mittwoch den 14. Juli 1926 37. Jahrg.

Neuaufrollung des Volksofenerprozesses

Löffler, Weisner und der „Nationale Klub“

Die Verurteilung der Verantwortlichen im Volksofenerprozess wird am 14. Juli vor dem Landgericht Dresden (vierte Strafkammer) unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Senfert beginnen. Refektorium ist Landgerichtsdirektor Dr. Genze. Die Zeugen sind für den 14. Juli erschienen. Man rechnet wiederum mit einer Prozessdauer von mehreren Tagen. Es sollen so ziemlich die gleichen Zeugen wie in der ersten Verhandlung. Bei dieser Gelegenheit wird hoffentlich auch die Subventionierung des Neuen Sächsischen Lehrervereins durch das Volksofener mit untersucht und klagshaft werden. Außerdem bedarf die Rolle, die der „Nationale Klub in Sachsen“ bei der ganzen schmutzigen Affäre gespielt hat, dringend eingehender Aufklärung. Diese „verschämte“ von allen „nationalen“ Organisationen hat bei weitem die größte Summe der von Dr. Weisner so freigebig für die „nationale Sache“ bereiteten Volksofenergelder erhalten, nämlich nahezu 30000 M. Die richtigen Ausgaben für Abzugswende haben offenbar erst das große Loch in die Volksofenerkasse gerissen. Ein bei den Akten des Vereinsregisters befindlicher Protokollauszug über den Verlauf der Mitgliederversammlung vom 2. September 1924 gewährt folgende interessante Aufschlüsse über die — nicht verwandelte — Kontrolle der Klubgeschäftsführung:

Herr von Abendroth verliest den Geschäftsbericht. Es verliest sich niemand zum Wort. Herr Major a. D. Löffler erhebt Protest über das Klubhaus und Finanzbericht. Es erfolgt keine Wortmeldung.

Am Anhang an diese lapidare Feststellung wurde dann der Ort vor einem halben Jahre zum Vorsitzenden gewählte Reichsanwalt a. D. Dr. Menge wieder hinaufgeholt und an seiner Stelle der Oberregierungsrat a. D. Dr. von Hind in Dresden-Mittelstadt gefast. Stellvertreter wurden der Kammerherr Graf von Helm auf Stolpcin bei Waldheim und Geheimrat Justizrat Dr. Widhagen, Leipzig. Auf die Idee, nachzutreten, ab der Einrichtung eines eigenen Klubhauses mit den damit verbundenen großen Ausgaben die Mittel des Klubs nicht überreichen würde, ist offenbar niemand gekommen. Man überließ diese Sorge „größtenteils“ den Herren Dr. Weisner und Löffler, die anscheinend über erhebliche „discrete“ Geldquellen verfügten. In Wirklichkeit waren schon damals die Unterschlagungen beim Volksofener, die aller Wahrscheinlichkeit nach mit seiner Eröffnung begonnen haben, in vollem Gange.

Am 8. Mai 1925 hat dann eine weitere Mitgliederversammlung stattgefunden, als deren Ergebnis der Oberregierungsrat Justizrat von Hind dem Amtsgericht Dresden seine Wiederwahl

zum Vorsitzenden mittels. Der eigentliche Anlaß und Inhalt dieser Mitgliederversammlung ist daraus zu erkennen, daß im Laufe des pomponigen Berichtes die Angaben: „Bankkonto Landständische Bank“ und „Postfach Dresden 21416 Major a. D. Löffler“ durchstrichen sind. In jener Mitgliederversammlung wurde festgestellt, daß die Ausgaben des Klubs um 20000 M. höher gewesen waren als seine Einnahmen. Gleichzeitig wurden „Major“ Löffler und Dr. Weisner ausgeschlossen, weil sie sich falsche militärische Titel selbst verliehen hätten. Auf die Idee, daß ein ursächlicher Zusammenhang bestehen könne zwischen den kolossalen Mehrausgaben des Klubs und den Unterschlagungen beim Volksofener, ist offenbar niemand von den adeligen Herren der Klubleitung gekommen.

Es gehört zu den Aufgaben der Verurteilung, sich über diesen dunklen Punkt die nötige Klarheit zu verschaffen, um so mehr, als bisher, so viel bekannt geworden ist, der Nationale Klub die zu seinen Gunsten verwendeten Volksofenergelder nicht zurückgezahlt hat. Inwiefern hat am 26. April 1926 eine neue Mitgliederversammlung stattgefunden, die den bisherigen Vorstand einstimmig wiedewählte, darunter der beiden Rechnungsprüfer Rechtsanwalt Dr. Roggspil und Fabrikbesitzer Louis Bierling. Unter den Besitzern des Vorstandes befinden sich die Herren Justizrat Koser, Postamt Dr. Schlemmer, Staatsminister a. D. Dr. Schröder, Radikalbesitzer Schwager (Schmitz), Rechtsanwalt Dr. v. Stieglitz, der Vorsitzende Dr. Weisner im Volksofener-Prozess, Dr. Wildgrube, der sich von Dr. Weisner den Postamtstandort beantragt hat, und der Geheimrat und Ministerialdirektor a. D. Dr. Schmitt, der gleichzeitig maßgebendes Mitglied im Aufsichtsrat des Sächsischen Volksofeners ist. Wir haben schon früher auf den Interessenkonflikt hingewiesen, der aus diesen beiden Ehrenämtern notwendigerweise entstehen muß. Das Volksofener ist daran interessiert, einen möglichst großen Teil der für den Nationalen Klub verwendeten Gelder zurückzuerhalten. Der Nationale Klub und sein Vorstand, einschließlich des Herrn Dr. Schmitt, zeigt sich jedoch bemüht, von der zurückzuerhaltenden Summe so viel als möglich abzuzuwenden. Angesichts dieses sonderbaren Verhaltens geht es zu den Aufgaben des zweiten Volksofener-Prozesses, unter Hinterlassung aller Rücksichten auf „prominente“ Persönlichkeiten die Verwendung der unterschlagenen Gelder zweifelsfrei festzustellen.

Kleinkaliber

von Polizeioberst a. D. Schützinger

Wir geben diesen Artikel eines Polizeibeamten wieder, obwohl wir wenig Hoffnung haben, daß die Behörden damit aus ihrer Passivität aufgeschreckt werden. Wir stimmen Schützingers Darlegungen zu, sind jedoch der Meinung, daß auch die republikanischen und die sozialistischen Vereinigungen zum Kleinkaliberüberdicken übergehen müssen, wenn die Warnungen der Republikaner bei den Behörden ungehört verhallen.

Die Masseneinführung des Kleinkaliber-„Sports“ bei den „republikanischen Kampferbänden“ der Weichen verdient endlich einmal mit allem Eruit im Zeichen der Massenarbeitslosigkeit und der bittersten Not als höchst bedenkliches Stummzeichen für machtpolitische Auseinandersetzungen der nächsten Zeit gekennzeichnet zu werden. Sind wir ja doch schon so weit gekommen, daß der Stahlhelm in seiner Bundeszeitung nicht mehr in der Lage ist, den Massenbestellungen der „Atl. Vereine“ nachzukommen, daß jedes kleine Rest bereits über eine 100-Meter-Pahn verfügt, und daß der Dresdener Buchhändlerverein bei seinem letzten Sommerausflug zwischen „Koffertafel“ und „Mittagstafel“ seinen verehrten Mitgliedern neben dem Vortrag eines „Reinheitsdieters“ und neben einem Faustballspiel ein „Kleinkaliberüberdicken“ als modernste Erziehungskraft zu Gemüte führt.

Kein Zweifel, die durch Hupp, Puderger, Stiller und Audendorff gründlich diskreditierte Rutschbewegung in Deutschland hat durch die Vorbilder der jüngsten Zeit in Spanien, Griechenland und Portugal und durch die Masseneinführung der Kleinkalibergewehre bei den „Republikanischen Verbänden“ wieder einen beträchtlichen Auftrieb erhalten.

Stärkere, mit dem Kleinkalibergewehr bewaffnete Verbände spielen bei der in Deutschland vorhandenen Strategruppierung für innere, bewaffnete Auseinandersetzungen eine sehr wichtige Rolle. In Polen, Portugal und Griechenland entschied über das Schicksal des Staates die zahlenmäßig überlegene, technisch vorzüglich ausgerüstete Armee; ein zweiter Anstichtor kam in den durch sein Entwaffnungsdiktat „entmilitarisierten“ Staaten nicht in Frage. Ganz anders in Deutschland. Die kleine Wehrmacht könnte in ihren meist am Haude land und in Truppenübungsplätzen liegenden Garnisonen unter Umständen nahezu erdrückt, die Schutzpolizei in den Großstädten nahezu mottigeeht werden, wenn es den unterbewegten Drahtziehern des deutschen Rechtsstaates gelang, große Massen der mit dem Kleinkalibergewehr ausgerüsteten Verbände im Straßenkampf einzusetzen. Die „Reinheitsdieters“ ist nämlich für den offenen Feldkrieg nahezu unbrauchbar, für den Kampf um den Besitz von Ortschaften, Häuserblöcken und Regierungsgebäuden jedoch sehr wohl geeignet. Die Schutzleistung genügt vollkommen für die in Frage kommenden Kampfsituationen, und die Schutzwirkung der Stützfeuergepäckstücke und der Minenwerfer auf vorzüglich gedeckter und mit wechselnden Stellungen arbeitende Dach- und Keller-schützen ist bekanntlich ein höchst problematisches Ding.

Ob es möglich ist, durch einen auswechselbaren Lauf das äußerlich dem alten Infanteriegewehr völlig gleiche Kleinkalibergewehr für die im Rahmen innerpolitischer „Polizei-Aktionen“ vorkommenden Kämpfe im freien Feld brauchbar zu machen, möchte ich bezweifeln; dagegen ist das Kleinkalibergewehr auch bei auswechselbarem Lauf und bei der nachträglichen Einfügung von „Zügen“ in die meist ausgefällten „Felder“ sicherlich kein brauchbares Kampfinstrument gegen den „äußeren Feind! Wer etwas von der außerordentlich schwierigen Vertung und „Zentrierung“ des Gemeinlaufes im Schuß und von der ballistischen Leistung eines behelfsmäßig „vernurten“ Laufes versteht, der weiß, daß mit einem derartigen Schießprügel keine Schichten zu schlagen sind, ganz abgesehen davon, daß ja heutzutage nicht mehr Infanteriegewehre, sondern das Geschütz und das Flugzeug über den Besitz einer Stellung entscheiden.

Was mit dem „Reinheitsdieters“ ist in der Kleinkaliberfrage ebenso wenig etwas zu machen wie mit dem „Landeswehr“-Geschütz, das in der nächsten Zeit in der Rechtspreffe gegen die Warner vor der Kleinkalibergefährde erhoben werden wird. Dagegen bedeutet das Kleinkaliberproblem eine Kardinalfrage im Machtkampf um die Republik.

Diese Frage muß, wenn sie uns nicht in den Bürgerkrieg treiben soll — sofort angepaßt werden in den Ländern und im Reich! Der preukalische Innenminister hat bekanntlich als erster die Mißgeföhre der Kleinkaliberkünde erkannt und das Schicksal der nicht im Kleinkaliberkündensport der Vorkriegszeit (es gibt zweifellos solche unpolitische sportliche Verbände) ausgebildeten Vereine grundsätzlich unterlagt. Leider ist man in den übrigen deutschen Ländern dem Beveringschen Verbot nicht durchgehend gefolgt. In Sachsen hat der Innenminister den Kleinkalibervereinen seine volle Unterstützung und jegliche Geldleistung bei der Beschaffung von Waffenschein zugelagt;

Aufmarsch der Arbeiter-Wehrgesellschaften

A. Wien, 11. Juli. (Eig. Bericht.)

Wien hat schon weit größere Demonstrationen gesehen als den Aufmarsch der Sports- und Wehrgesellschaften, mit dem das internationale Arbeiter-Sportfest seinen Höhepunkt erreichte. Bei allen diesen politischen Demonstrationen, einschließlich der mächtigen Kundgebung des Jahres 1905, die dem arbeitenden Volks Österreichs das Wahlrecht erzog, bis zu den Aufmärschen der letzten Jahre, die dem Schicksal der Republik gionten, ist das ganze arbeitende Volk von Wien aufgemarscht. Und doch war die Kundgebung am Sonntag, an der nicht die Massen, sondern nur die Mitglieder der Wehrgesellschaften teilnahmen, von nicht minderer Wichtigkeit. Nicht nur, weil man erkennen konnte, daß hinter den wehrerfahrenen Gestalten, die an dem Tag marschierten, auch die ganze Macht der Arbeiterbewegung lag, nicht nur, weil die Kundgebung als internationale Demonstration zeigte, daß die österreichische Arbeiterbewegung nicht allein ist, sondern daß die Arbeiterinternationale auch gegen den Faschismus eine internationale, einheitliche Front bildet,

sondern vor allem deshalb, weil der gemeinsame Aufmarsch der Sports- und Wehrgesellschaften der ganzen Internationale dem Übergang und nicht nur dem Österreich, zeigte, daß die Arbeiterbewegung auch in ihrer Sportbetätigung nicht den Geboten der Nützlichkeitstheorie verhält.

Wenn wir uns dieser Bedeutung des Festzuges bewußt sind, werden uns die Einzelheiten seiner Anordnung viel verständlicher. Die einzelnen Züge kamen von ihren Sammelstellen zum Freiheitsplatz. Als die Aufstellung der Züge vollendet war, sah ich der Zeitung in Vorbereitung. Um 9¼ Uhr kam die Spitze des Jugendverbandes an. Es waren die Radfahrer und Radistinnen Österreichs und Deutschlands. Dann kamen, immer mehr Schwärme von Männern und Frauen, die Radfahrer, die Radfahrerinnen, die Radfahrerinnen. Voran die Österreicher, dann die Deutschen. Kam eine Kompanie des Republikanischen Schutzregiments... Besondere Aufmerksamkeit schenkt man der Ferne einen fremden Zug von roten Fahnen.

Die ersten der Fahnen der proletarischen Organisationen Österreichs lauter rote Fahnen, eine ganze Kompanie von Radfahrern. Hinter den Fahnen viele historische, so die Fahne des ersten österreichischen Arbeitervereins, dann die von der Internationalen geleitete Fahne des Republikanischen Schutzregiments. An die zweitbeste rote Fahnen.

Kam marschieren die Wehrkämpfer — die Turner der Wehrkämpfer — heron, hinter ihnen eine Trommler- und Pfeifenkompanie, die die Gesänge von L. Földes, dem Beispiel des Reichsbannerführers, begleitet haben. Die österreichischen Sportler sind vorher. Es folgten die ausländischen Turner- und Sportgenossen — Männer und Frauen, Sauerer und Mädchen. An der Spitze der internationalen Sportler, der Belgier Bidour, hinter ihm eine Reihe von Radfahrern. Dann die deutschen Trommler und Pfeifer mit dem Stab von fünfmal, der die große Trommel

führt. Ihnen folgen ein halbes Hundert Reiter mit schwarz-goldenen Fahnen. An diesen Voranmarsch der Fahnenführer schließt sich

der Zug der deutschen Arbeiter-Turner.

Jede einzelne Gruppe wird bejubelt: Hoch Magdeburg! Hoch Breslau! Hoch München! Dann folgen die Handballer und die deutsche Fußballmannschaft, weiter die deutschen Kanufahrer, dann die deutschen Naturfreunde, die von München in Hinterpommern... und dann eine große Gruppe von vielen hundert Sportlern. Deutschlands Sportlern folgen die von Danzig, hinter ihnen die von Jugoslawien, von Polen, von der Tschechoslowakei, dann der Verband der deutschen Turner und Sportler der Tschechoslowakei. Die Arbeiter-Samariter schließen den Zug der Ausländer ab.

Hinter marschieren die österreichischen Turner- und Sportgenossen und -genossinnen auf. Und nun kommt, von allen mit Schmachts erwartet, mit Jubel begrüßt,

der Zug des Reichsbanners.

Schon von der Ferne hört man die Fanfaren, mit denen sie heranzuziehen. Langsichtige Fahnen werden im Zug getragen. Es sind Weiber, zu denen wir heimkehren wollen! Sei die deutsche Republik! Wer zählt die Orte? Es summt einen vor den Augen: Dresden, Düsseldorf, Dörfau... Wir werden noch viel Geographie lernen müssen, wenn wir zusammenkommen.

Nach dem Reichsbanner kommen die Letzten, Sport- und Wehrgesellschaften gemeinsam. Man bestaunt ihren Führer Kosta, ihre drei Sportler Ojal, Witko und die Genossin Dreißt. Um 11½ Uhr tritt die Spitze des österreichischen Republikanischen Schutzregiments ein. Um 12 Uhr erst kommen die Wiener. Um 1 Uhr ist der Zug beim Parlament vorbei — er hat beinahe vier Stunden gedauert. Es war eine gewaltige Demonstration, die allen Wienern unübergehtlich bleiben wird.

Die Internationale der proletarischen Wehrgesellschaften marschiert!

Sozialistische Anklage gegen Ramet

A. Wien, 12. Juli. (Eig. Bericht.) Die Sozialdemokraten haben am Freitag im Nationalrat einen Antrag eingebracht, gegen den Bundeskanzler und alle Mitglieder der Regierung eine Verurteilung wegen Verletzung der Verfassung zu erheben. Diese Verurteilung wird darin erwidert, daß die Regierung der verfassungswidrigen Aufstellung der Zentralrat der Parteien ohne verfassungsmäßige Genehmigung 60 Millionen Sozialisten Gelder überwiesen hat, ohne auch nur vorher den Reichsrat in Kenntnis zu setzen, und ohne hinreichende Bürgschaft für eine zweckmäßige Verwendung des Geldes zu verweigern. Hierbei der Antrag im Parlament eine Weisung, so hat verfassungsgemäß der Staatsgerichtshof über die Anklageerhebung zu entscheiden.

13. 1720